



Oberster Gerichtshof weist Anklage wegen Behinderung der Proteste am 6. Januar zurück

- Andrew Miiller
- [02.07.2024](#)

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat am 28. Juni entschieden, dass das US-Justizministerium eine unangemessen weite Auslegung eines Bundesgesetzes verwendet hat, um einen Demonstranten vom 6. Januar zu verfolgen. Der Oberste Gerichtshof entschied mit 6 zu 3 Stimmen in der Sache *Fischer gegen die Vereinigten Staaten*, dass Joseph Fischer nicht wegen „Behinderung eines offiziellen Verfahrens“ hätte angeklagt werden dürfen.

Fischer nahm am 6. Januar 2021 an der „Stop the Steal“ (Stoppt den Diebstahl)-Kundgebung in Washington, D.C., teil und betrat das Kapitol gegen 15:25 Uhr, nachdem der Kongress bereits in die Pause gegangen war. Später wurde er wegen „Behinderung eines offiziellen Verfahrens“ angeklagt, was einen Verstoß gegen das Sarbanes-Oxley-Gesetz von 2002 darstellt, das als Reaktion auf den Enron-Skandal verabschiedet wurde.

Die von Chief Justice John Roberts verfasste Mehrheitsmeinung des Obersten Gerichtshofs stellt klar, dass das Sarbanes-Oxley-Gesetz nur für die Manipulation von physischen Beweismitteln gilt, die in einem offiziellen Verfahren verwendet werden. Fischer hat sich also lediglich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht.

Das Sarbanes-Oxley-Gesetz von 2002 wurde vom US-Justizministerium dazu benutzt, mehr als 300 Demonstranten vom 6. Januar wegen Verbrechen anzuklagen, die mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden können. Das neue Urteil des Obersten Gerichtshofs gilt für sie alle.

Special Counsel Jack Smith hat Donald Trump am 6. Januar 2021 ebenfalls wegen Behinderung eines offiziellen Verfahrens angeklagt, so dass diese Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auch Auswirkungen auf diesen Fall haben könnte.

Politische Verfolgung: Die „Stop the Steal“-Kundgebung sollte die Aufmerksamkeit auf das Problem des Wahlbetrugs lenken, während 100 Kongressabgeordnete genügend Beweise für einen solchen Betrug vorlegten, um Vizepräsident Michael Pence davon zu überzeugen, die Zertifizierung der Wahl zu blockieren. Doch die Gewalt im Kapitol verhinderte die Umsetzung dieses Plans.

Jetzt versuchen radikale Linke, weitere Ermittlungen in der ernsten Frage des Wahlbetrugs durch die strafrechtliche Verfolgung von Demonstranten zu unterbinden. Der Oberste Gerichtshof deckt auf, wie viele Staatsanwälte das Gesetz verdrehen.

Königshof: Eine erstaunliche Prophezeiung in Amos 7, 13 beschreibt einkönigliches Heiligtum und den Tempel des Königsreich, die einen endzeitlichen Typus von König Jerobeam II. unterstützen. Posaune-Chefredakteur Gerald Flurry hat erklärt, dass Donald Trump der endzeitliche Jerobeam II. ist. Im Januar 2019 zeigte er, dass der „Tempel des Königsreich“ „ein Ort der Anbetung ist, der dem König gehört“, und das „königliche Heiligtum“ (besser übersetzt „der Hof des Königreichs“)

eine „nicht-religiöse Einrichtung ... die sich auf den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten bezieht.“

Dem Obersten Gerichtshof fehlte im Jahr 2020 der Mut, Wahldiebstahl, staatliche Tyrannei und andere Probleme zu stoppen. Aber er hat begonnen, sich gegen die Versuche der radikalen Linken zu wehren, diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die den Wahlbetrug untersuchen.

Achten Sie darauf, dass der Oberste Gerichtshof diesen Betrug auf eine Weise aufdeckt, die Donald Trumps Kampagne zugute kommt.

Erfahren Sie mehr: Lesen Sie [„Ist Amerikas oberstes Gericht in der Prophetie der Bibel?“](#).